

SHORT NEWS

BCEE-Leaks / Code of Conduct : ça revient !

(lc) - Alors que dans l'affaire des BCEE-Leaks (woxx 1344) les premières conséquences commencent à se faire sentir - des perquisitions ont notamment été effectuées en Allemagne et les enquêteurs espèrent des retombées allant jusqu'à plusieurs centaines de millions d'euros - le magazine allemand « Der Spiegel » a pu mettre le grappin sur des documents d'une autre qualité, toujours concernant la place financière luxembourgeoise. Ce sont exactement ces documents que la Commission européenne a essayé de retenir devant les ardeurs de la commission spéciale « taxe » - les protocoles du « Code of Conduct Group », établi en 1998 et en charge de veiller à ce qu'aucune concurrence malsaine ne s'établisse entre les États membres. La commission spéciale avait demandé l'accès à ces documents et ses membres se sont vu traiter comme des espions quand ils ont voulu les consulter. Pire encore, les passages comportant les agissements du Luxembourg étaient tous noircis. Ce qui a provoqué l'ire du député européen vert Sven Giegold (woxx 1343). Eh bien, ce que « Der Spiegel » a déniché dans les documents a de quoi faire honte non seulement au gouvernement actuel mais aussi au président de la Commission européenne, sous l'égide duquel beaucoup de ces arrangements en faveur des multinationales ont été signés - et qui est évidemment dans le collimateur du magazine allemand, tout comme le chef de l'Eurogroupe et ministre des Finances néerlandais Jeroen Dijsselbloem. Ainsi, il n'est pas uniquement question des « tax rulings », mais aussi des « patent boxes » - qui permettent de placer les licences de produits manufacturés dans des endroits où ils ne sont pratiquement pas taxés. Selon le magazine allemand, les interlocuteurs européens auraient été particulièrement agacés de voir que les Luxembourgeois, Belges et Néerlandais s'étaient concertés avant les réunions pour bloquer ensemble toutes les avancées proposées pour une fiscalité plus juste. Ainsi, les trois pays ont pu mettre leurs avantages à l'abri de toute tentative de leurs partenaires et n'ont pas eu à s'expliquer sur le fait que nombre des multinationales qui stockaient leurs licences dans leurs pays n'y avaient aucune substance économique. À défaut de solidarité européenne, il nous reste donc celle du Benelux.

Wir sind Transition!

(lm) - Papst werden die Luxemburger vielleicht nie werden und die Tour de France haben sie bereits viereinhalb Mal gewonnen. Doch darüber, in der Transition-Veröffentlichung zur COP21 aufzutauchen, dürfen sie sich uneingeschränkt freuen. Noch dazu ist „Transition Luxemburg“ das größte der ausgewählten Projekte, wenn man die Größe an der „lokalen Bevölkerung“ misst - und von den Lokalwährungen absieht. Große Unternehmungen sind in dem kleinen Land auch nötig - schließlich ist man auch bei den CO₂-pro-Kopf-Emissionen Spitzenreiter. Ausgewählt wurden die Projekte vom Transition-Gründer Rob Hopkins persönlich. Statt den TeilnehmerInnen der COP21 eine weitere Liste mit Forderungen zu unterbreiten, hat er „21 Stories of Transition“ zusammengestellt. „Unsere Botschaft an die Obamas, Camerons und Merkels dieser Welt lautet: Es passiert schon jetzt, und zwar ohne sie“, schreibt Hopkins. „Sie sollten es unterstützen und umsetzen, aber sogar wenn sie nichts tun, wird es weiter wachsen, weil es die Zukunft ist.“ Das Büchlein ist soeben erschienen, und kann explizit nicht bei Amazon bestellt werden. Dafür kann man es auf cop21.transitionnetwork.org ordern, oder stückchenweise bis zum Konferenzbeginn lesen - jeden Tag wird eine Story zusätzlich gepostet.

Midi littéraire du Citim : O outro lado do paraíso

À l'occasion du Festival du film Brésilien, l'écrivain Luiz Fernando Emediato est en visite au Luxembourg. Il présentera son livre « O outro lado do paraíso » (« L'autre côté du paradis ») pendant le prochain midi littéraire du Centre d'information Tiers Monde (Citim), puis assistera le lendemain à la projection de son adaptation au cinéma réalisée par André Ristum en 2014. Midi littéraire en portugais (avec traduction en français) ce vendredi 13 novembre à 12h15. Entrée libre. Apportez votre pique-nique. Projection du film au profit des projets de solidarité de l'ASTM le samedi 14 novembre à 16h15, à l'Utopia.

AKTUELL

INKLUSION

Ein Leitfaden

Anina Valle Thiele

Die UN-Behindertenrechtskonvention legt fest, dass gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung ein Menschenrecht ist. Um sie umzusetzen, muss sich auch Luxemburg Instrumentarien geben.

„Inklusion“ ist en vogue, auch wenn nicht jeder den Leitbegriff mit Inhalt zu füllen vermag, der mehr eine Gesellschafts-Utopie als die Realität beschreibt. Bis wir in einer Gesellschaft leben, in der die Teilhabe aller gesichert ist, ist es ein weiter Weg. Und doch wird auch in Luxemburg mehr und mehr für das Thema sensibilisiert. So veranstaltete Info-Handicap in diesen Wochen unter dem Motto „Goinclusive“ gleich mehrere Konferenzen. Zwei fanden am Abend des 9. November statt: eine im LTPES mit Betroffenen, die andere, ausgetragen von der Menschenrechtskommission (CCDH) mit dem Präsidenten der Lebenshilfe Österreichs, Germain Weber und der am CHL tätigen Kinderpsychologin Nora Wurth. Ob es reiner Zufall war, dass es ausgerechnet an diesem historischen Datum zwei Veranstaltungen zum Thema „Inklusion“ gab? Auf eine Erinnerung an die Ermordung von mehr als 70.000 Menschen mit einer Behinderung während des Nationalsozialismus, bekannt unter dem Namen „Aktion T4“, wartete man jedenfalls vergeblich. Die systematische Vernichtung sogenannten „lebensunwerten Lebens“ wurde in Deutschland von 1940-1945 betrieben. Doch heute sind die rasenhygienischen Vorstellungen der Nationalsozialisten offenbar Schnee von gestern, obwohl sie sich noch lange im menschenverachtenden Vokabular widergespiegelt haben. Gerade in Bezug auf Menschen mit einer intellektuellen Behinderung ist dies der Fall - immerhin mit diesem Verweis begann Germain Weber seinen Vortrag. Bezeichnete man sie früher als „Narren“ und „Idioten“, später als „geistig Behinderte“, so spricht man heute von „Menschen mit intellektuellen Schwierigkeiten“ oder „Personen mit einer Lernschwäche“.

2007 hat Luxemburg die UN-Behindertenrechtskonvention unterschrieben, doch zwischen Ansprüchen und Umsetzung besteht noch immer eine Kluft. Doch mit der Ratifikation des Dokuments hat Luxemburg nunmehr auch die legale Pflicht, die Konvention umzusetzen. Diese sieht in Artikel 33 (2) unter anderem vor, dass die

Vertragsstaaten auf einzelstaatlicher Ebene eine Struktur schaffen, die einen oder mehrere unabhängige Mechanismen einschließt. Dabei sollen die Vertragsstaaten die Grundsätze betreffs der Rechtsstellung und Arbeitsweise der einzelstaatlichen Institutionen zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte berücksichtigen. Die Menschenrechtskommission übernimmt hier eine konsultative Funktion. Darauf zu pochen, dass die Luxemburger Regierung sich auch Instrumente geben muss, ist damit ihr Job.

Kluft zwischen Ansprüchen und Umsetzung

Weber plädierte in seinem Vortrag grundsätzlich für eine inklusive Herangehensweise. Die These seines Vortrags: Menschen mit einer intellektuellen Beeinträchtigung sind zwei bis vier Mal so oft auch von psychischen Problemen betroffen. Ihr Gesundheitszustand wurde in der Medizin jedoch bisher kaum erforscht. Als strukturelles Problem beim Ausbau von Strukturen in Luxemburg machte er die lange bestehende Unklarheit bei den Zuständigkeiten aus. So obliege die Implementierung der UN-Konvention in der Regel dem Gesundheitsministerium - in Luxemburg dagegen unterstehe der Bereich seit Jahren dem Familienministerium. Kein Wunder, dass der ehemalige Gesundheitsminister mit dem Thema nichts anzufangen wusste. Der Wille, sich mit nationalen Aktionsplänen oder Leitfäden für „Leichte Sprache“ um Inklusion zu bemühen, scheint beim Familienministerium immerhin vorhanden zu sein. Und dennoch plädierte Weber - gerade mit Blick auf die angelsächsischen Länder - für eine umfassende „mental-health-strategy“. In Österreich gebe es einen solchen Plan längst, Kanada und Australien seien hier noch fortschrittlicher. So habe sich zum Beispiel die kanadische Regierung 26 Prioritäten gesetzt, 109 Empfehlungen gegeben sowie Indikatoren formuliert, um die Entwicklung festzuhalten. Und auch Australien habe bereits 2011 in einem „guide“ Rahmenbedingungen für Berufstätige im Bereich der „mental health“ festgelegt. Eine solch umfassende Sensibilisierung bezüglich der „santé mentale“ müsse auch bei der Uni.lu stattfinden, so Weber.